

sehen an, die nicht Staatsbürger der BRD sind, sondern Bürger anderer Staaten, der Sowjetunion, Polens und der DDR. (Nach der »Charta der Vertriebenen« und der in der Bundeswehr gesungenen ersten Strophe des »Deutschlandliedes« kämen noch Bürger Frankreichs und Belgiens, Österreichs und Dänemarks hinzu.) Die von der BRD angemaßte Staatsbürgerschaft eines deutschen Reichs in den Grenzen von 1937, also einer Staatsbürgerschaft, die in die Souveränität anderer Staaten und Bürger eingreift, ist deshalb der Immunschwächevirus der europäischen Sicherheit.

Infolgedessen ist die Sicherheit europäischer Grenzen immer wieder gefährdet und eine ausreichende Sicherheit für Bürger der DDR und weiterer Staaten beschränkt. Gestört ist aber auch die Sicherheit für den kulturellen, touristischen und wissenschaftlichen Austausch. Nicht zu übersehen und zu überhören ist, daß die angebliche Offenheit der »deutschen Frage« als Bonner Hebel zur Erpressung ihrer eigenen Verbündeten und anderer Staaten benutzt wird.

Auf Dauer kann jedoch die BRD nicht beides gleichzeitig betreiben, ohne in tiefere Widersprüche mit gefährlichen Wirkungen für Europa zu gelangen. Revanchismus einerseits und KSZE-Prozeß in Richtung eines friedlichen Hauses Europa andererseits passen nicht zusammen. Das sollte in der derzeitigen in der Bundesrepublik geführten Debatte über Fragen der Beziehungen zur DDR beachtet werden.

Ich meine, auf dem Weg zu einem weiter normalisierten Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten gibt es manches - Kompromißbereitschaft und -fähigkeit auf beiden Seiten vorausgesetzt -, über das man sich auf der Grundlage eines ausgewogenen Interessenausgleichs bald einigen könnte. Interessenausgleich bedeutet dabei, weiterhin unvereinbare Standpunkte zu grundlegenden politischen Fragen zeitweise auszuklammern und sich auf das den Menschen Dienende zu konzentrieren. Der Grundlagenvertrag und seine bisherigen beachtlichen Ergebnisse sind ein wichtiges Beispiel dafür. Andererseits können ungelöste Grundsatzzfragen, wie z. B. die volle Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR, nicht ewig vertagt werden, da sie in bestimmten Bereichen die weitere Normalisierung der Beziehungen behindern und ihrem qualitativen Ausbau Grenzen setzen.

Die DDR hat mit der Dialogpolitik bereits Anfang der 80er Jahre bedeutende Impulse für ein neues Denken in der Außenpolitik gegeben. Es ist an der Zeit, daß auch im anderen deutschen Staat neues Denken hinsichtlich des Verhältnisses zur DDR Platz greift. Mit der 9. und der 10. ZK-Taugung ist in unserer Politik ein neuer Anfang gemacht. Wir erwarten ihn im Interesse aller Deutschen und der Nachbarvölker auch von der BRD.